

# Willkommen in Baden-Württemberg



**Ingrid Walter**

**Baden-Württemberg ist seit Jahren ein beliebtes Einwanderungsland für Menschen aus aller Welt. 2012 stieg die Zahl der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger so stark wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Die höhere Zahl an ausländischen Einwohnern ging fast ausschließlich auf die Zuwanderung von Personen aus Staaten der Europäischen Union (EU) zurück. Dabei zog es insbesondere Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die im Rahmen der Osterweiterung 2004 und 2007 beitraten, aber auch Männer und Frauen aus den EU-Krisenländern in den Südwesten. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung im Land und dem bereits heute schon in einzelnen Wirtschaftsbereichen zu beobachtenden Fachkräftemangel gibt es in Politik und Wirtschaft vielfältige Initiativen, sowohl das bereits im Land vorhandene Arbeitskräftepotential besser auszuschöpfen als auch die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland aktiv zu fördern.**

Im Jahr 2012 stieg die Zahl der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Baden-Württemberg so stark wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Vor allem Osteuropäer aus den neuen EU-Staaten und Menschen aus den EU-Krisenländern zog es ins Land. Nach Auswertung des Ausländerzentralregisters des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge lebten zum Jahresende 2012 rund 1,26 Mill. Menschen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit in Baden-Württemberg, 52 900 oder 4,4 % mehr als im Jahr zuvor. Nach einem Plus von 30 300 Personen im Jahr 2011 hat der Zuwachs an ausländischen Einwohnern<sup>1</sup> 2012 noch einmal spürbar an Dynamik gewonnen. Damit lebten Ende 2012 so viele ausländische Einwohner in Baden-Württemberg wie seit 1999 (1,27 Mill.) nicht mehr (*Tabelle 1*).

## **Vor allem Personen aus Osteuropa und den EU-Krisenländern zog es in den Südwesten**

Die überwiegende Mehrzahl der 2012 neu hinzugekommenen ausländischen Einwohner

kam aus den 26 EU-Staaten. Insgesamt waren dies 86 % oder 45 300 Personen. Besonders stark war mit + 33 900 Personen (+ 24,4 %) der Anstieg der ausländischen Einwohner aus den zwölf neuen EU-Mitgliedstaaten, die im Rahmen der Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 der Europäischen Union beigetreten sind. Der zahlenmäßig stärkste Zuwachs war dabei mit + 11 300 oder + 30,4 % bei Personen aus Rumänien zu beobachten. An zweiter und dritter Stelle folgten Polen (+ 8 900 Personen bzw. + 18,7 %) und Ungarn (+ 7 100 Personen bzw. + 41,8 %). Neben dem starken Zuwachs



### **Definition Ausländer**

Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch Personen, die staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist.

Nicht zur ausländischen Bevölkerung zählen:

- Personen, die neben der deutschen eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen; dies gilt insbesondere bei Aussiedlern, die neben ihrer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit angeben.
- Angehörige ausländischer Stationierungsstreitkräfte sowie ausländischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen mit ihren Familienangehörigen,
- Kinder, bei denen nur ein Elternteil die ausländische Staatsangehörigkeit besitzt,
- Kinder ausländischer Eltern bzw. ausländischer Mütter, die nach § 4 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) durch Geburt im Inland die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.



Dipl.-Volkswirtin Ingrid Walter ist Referentin im Referat „Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Ausländer, Rechtspflege“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

<sup>1</sup> Um den Lesefluss nicht zu stören, wird im Folgenden in der Regel auf die Verwendung geschlechtsspezifischer Ausdrucksweisen verzichtet.

der ausländischen Einwohner aus Mittel- und Osteuropa stieg in Folge der Staatsschuldenkrise im Euroraum auch die Zahl der Personen aus den davon besonders betroffenen Mittelmeerstaaten, die allesamt zu den 14 alten EU-Mitgliedstaaten gehören (+ 11 300 Personen bzw. + 3,2 %). Den zahlenmäßig stärksten Anstieg gab es 2012 gegenüber dem Vorjahr in

dieser Gruppe bei Personen aus Griechenland (+ 3 800 Personen bzw. + 5,6 %), Italien (+ 2 300 Personen bzw. + 1,5 %), Spanien (+ 2 000 Personen bzw. + 10,8 %) und Portugal (+ 1 200 Personen bzw. + 4,9 %). Unter den Nicht-EU-Staaten gab es dagegen bei den türkischen Staatsangehörigen einen Rückgang um gut 4 500 Personen (- 1,6 %) (*Schaubild 1*).

## T1 Ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg 2011 und 2012\*)

Staatsangehörigkeit	2011	2012	Veränderung 2012 zu 2011	
	Anzahl		%	
<b>Ausländer insgesamt</b>	<b>1 208 289</b>	<b>1 261 173</b>	<b>+ 52 884</b>	<b>+ 4,4</b>
darunter				
Europa	1 035 881	1 079 384	+ 43 503	+ 4,2
<b>EU-Mitgliedstaaten (EU 27)</b>	<b>490 069</b>	<b>535 332</b>	<b>+ 45 263</b>	<b>+ 9,2</b>
davon				
<b>alte EU-Mitgliedstaaten (EU 15 vor 2004)</b>	351 254	362 580	+ 11 326	+ 3,2
Belgien	1 975	2 082	+ 107	+ 5,4
Dänemark	1 176	1 231	+ 55	+ 4,7
Finnland	1 662	1 716	+ 54	+ 3,2
Frankreich	26 917	27 870	+ 953	+ 3,5
Griechenland	67 189	70 971	+ 3 782	+ 5,6
Irland	1 357	1 420	+ 63	+ 4,6
Italien	159 947	162 281	+ 2 334	+ 1,5
Luxemburg	1 181	1 241	+ 60	+ 5,1
Niederlande	7 129	7 240	+ 111	+ 1,6
Österreich	26 374	26 487	+ 113	+ 0,4
Portugal	25 325	26 559	+ 1 234	+ 4,9
Schweden	2 208	2 241	+ 33	+ 1,5
Spanien	18 271	20 245	+ 1 974	+ 10,8
Vereinigtes Königreich	10 543	10 996	+ 453	+ 4,3
<b>neue EU-Mitgliedstaaten (Beitritt 2004 und 2007)</b>	138 815	172 752	+ 33 937	+ 24,4
davon				
<b>Beitrittsländer 2004</b>	88 360	107 350	+ 18 990	+ 21,5
Estland	790	861	+ 71	+ 9,0
Lettland	1 900	2 363	+ 463	+ 24,4
Litauen	3 802	4 598	+ 796	+ 20,9
Malta	48	52	+ 4	+ 8,3
Polen	47 444	56 327	+ 8 883	+ 18,7
Slowakei	4 592	5 634	+ 1 042	+ 22,7
Slowenien	6 966	7 095	+ 129	+ 1,9
Tschechische Republik <sup>1)</sup>	5 659	6 088	+ 429	+ 7,6
Ungarn	16 997	24 106	+ 7 109	+ 41,8
Zypern	162	226	+ 64	+ 39,5
<b>Beitrittsländer 2007</b>	50 455	65 402	+ 14 947	+ 29,6
Bulgarien	13 146	16 747	+ 3 601	+ 27,4
Rumänien	37 309	48 655	+ 11 346	+ 30,4
nachrichtlich:				
Türkei	278 570	274 055	- 4 515	- 1,6
Kroatien <sup>2)</sup>	72 527	72 751	+ 224	+ 0,3

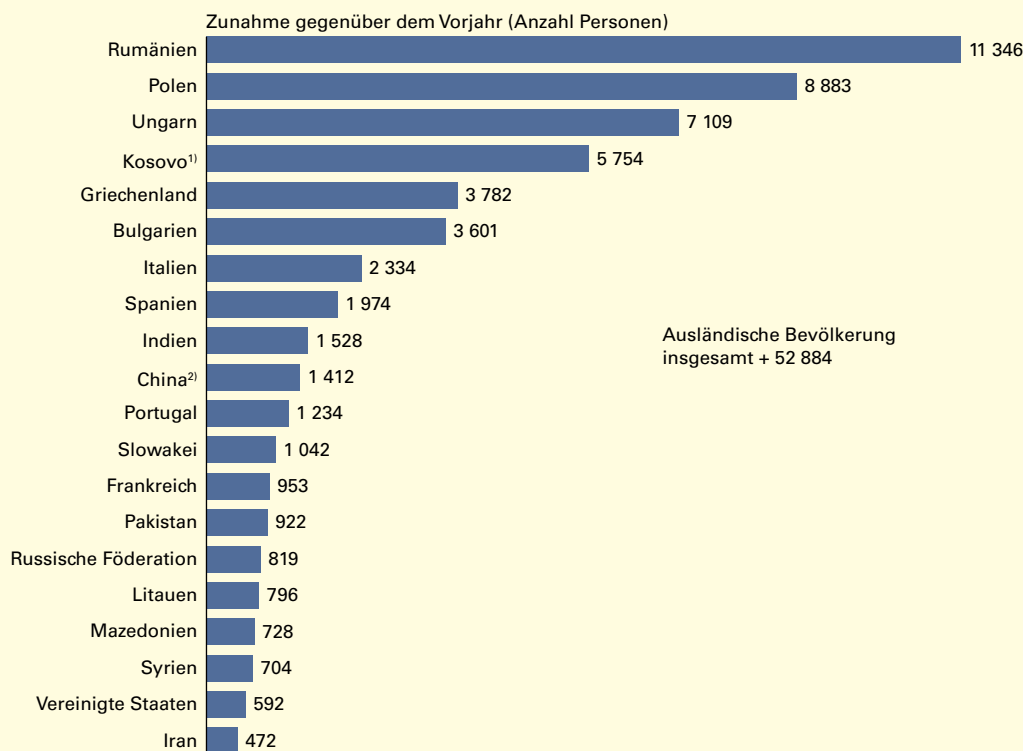
\*) Stichtag jeweils am 31. Dezember, Wohnort. – 1) Einschließlich ehemalige Tschechoslowakei. – 2) 1. Juli 2013 Beitritt zur EU.

Datenquelle: Ausländerzentralregister

S1

Ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg 2012\*)

Die 20 Nationen mit dem stärksten Bevölkerungszuwachs



\*) Stichtag jeweils am 31. Dezember, Wohnort. – 1) Soweit unter dieser Staatsangehörigkeit gemeldet. – 2) Einschließlich Taiwan.  
Datenquelle: Ausländerzentralregister.

**Stärkste Nationalitätengruppe aus der Türkei**

Obwohl sich in den vergangenen Jahren die multikulturelle Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung im Land durch den verstärkten Zuzug von Personen aus Osteuropa verändert hat, stammten zum Jahresende 2012 nach wie vor die Hälfte aller Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Südwesten aus der Türkei, Italien, Kroatien, Griechenland und Polen. Wie bereits in den Vorjahren stellten dabei die türkischen Mitbürger mit 274 100 Personen (22 %) die stärkste Nationalitätengruppe im Land. Danach folgten die Italiener (162 300 bzw. 13 %), die Kroaten (72 800 bzw. 6 %), die Griechen (71 000 bzw. 6 %) und die Polen (56 300 bzw. 4 %).

**Ein Drittel der ausländischen Bevölkerung im Südwesten wohnt in der Region Stuttgart**

Eine besonders hohe Anziehungskraft auf die fünf genannten Nationalitäten übt die Region Stuttgart aus. Vor allem Griechen und Kroaten zieht es in die Region. Insgesamt lebten 60 % aller in Baden-Württemberg wohnenden Grie-

chen (42 200) und 41 % aller im Südwesten ansässigen Kroaten (29 800) in der Region Stuttgart. Bei den Personen aus Italien (58 500) und der Türkei (89 800) liegen die entsprechenden Anteile bei 36 bzw. 33 %. Polnische Staatsbürger zieht es dagegen schwerpunktmäßig fast gleichermaßen in zwei Regionen des Landes. Rund 22 % oder 12 600 der polnischen Mitbürgerinnen und Mitbürger lebten Ende 2012 in der Region Stuttgart, weitere 20 % oder 11 500 in der Region Rhein-Neckar (Tabelle 2).

Insgesamt wohnten in der Region Stuttgart 421 500 Männer und Frauen mit ausländischem Pass. Das waren ein Drittel der rund 1,26 Mill. registrierten Ausländer im Land und damit landesweit mit Abstand die meisten ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Darunter hatten allein in der Landeshauptstadt Stuttgart 133 000 Männer und Frauen mit ausländischer Nationalität ihren Hauptwohnsitz. Mit deutlichem Abstand folgten die Regionen Rhein-Neckar (150 100 bzw. 12 %) und Mittlerer Oberrhein (115 200 bzw. 9 %). Am seltensten wohnten ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger dagegen in der Region Ostwürttemberg (37 300 bzw. 3 %).

T2

## Ausländische Bevölkerung der fünf am stärksten vertretenen Staatsangehörigkeiten in den Regionen Baden-Württembergs 2012\*)

Regionale Gliederung	Ausländische Bevölkerung insgesamt	Darunter aus				
		Türkei	Italien	Kroatien	Griechenland	Polen
<b>Anzahl</b>						
Region Stuttgart	421 484	89 776	58 545	29 830	42 243	12 641
Region Heilbronn-Franken	85 568	26 210	6 916	3 622	3 357	4 544
Region Ostwürttemberg	37 277	10 925	4 429	1 817	2 519	1 892
Region Mittlerer Oberrhein	115 180	21 373	11 721	7 636	2 962	6 777
Region Rhein-Neckar <sup>1)</sup>	150 089	36 526	14 581	5 175	5 427	11 483
Region Nordschwarzwald	68 899	16 910	10 259	5 098	1 997	2 886
Region Südlicher Oberrhein	91 123	12 281	9 532	2 832	1 095	4 722
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	46 230	9 783	8 098	3 757	1 257	1 589
Region Hochrhein-Bodensee	72 280	10 666	18 116	2 209	798	2 188
Region Neckar-Alb	73 630	15 232	10 082	5 423	6 941	2 287
Region Donau-Iller <sup>1)</sup>	48 181	12 680	3 976	2 888	1 687	2 118
Region Bodensee-Oberschwaben	51 232	11 693	6 026	2 464	688	3 200
<b>Land Baden-Württemberg</b>	<b>1 261 173</b>	<b>274 055</b>	<b>162 281</b>	<b>72 751</b>	<b>70 971</b>	<b>56 327</b>
<b>Anteil am Land in %</b>						
Region Stuttgart	33,4	32,8	36,1	41,0	59,5	22,4
Region Heilbronn-Franken	6,8	9,6	4,3	5,0	4,7	8,1
Region Ostwürttemberg	3,0	4,0	2,7	2,5	3,5	3,4
Region Mittlerer Oberrhein	9,1	7,8	7,2	10,5	4,2	12,0
Region Rhein-Neckar <sup>1)</sup>	11,9	13,3	9,0	7,1	7,6	20,4
Region Nordschwarzwald	5,5	6,2	6,3	7,0	2,8	5,1
Region Südlicher Oberrhein	7,2	4,5	5,9	3,9	1,5	8,4
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	3,7	3,6	5,0	5,2	1,8	2,8
Region Hochrhein-Bodensee	5,7	3,9	11,2	3,0	1,1	3,9
Region Neckar-Alb	5,8	5,6	6,2	7,5	9,8	4,1
Region Donau-Iller <sup>1)</sup>	3,8	4,6	2,5	4,0	2,4	3,8
Region Bodensee-Oberschwaben	4,1	4,3	3,7	3,4	1,0	5,7
<b>Land Baden-Württemberg</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

\*) Stichtag 31. Dezember, Wohnort. – 1) Soweit Land Baden-Württemberg.  
Datenquelle: Ausländerzentralregister.

Bezogen auf die jeweilige Gesamtbevölkerung<sup>2</sup> steht die Region Stuttgart mit einem Anteil der ausländischen Bevölkerung von 15,3 % landesweit an der Spitze, gefolgt von den Regionen Rhein-Neckar und Nordschwarzwald mit Werten von 12,7 und 11,4 %. Am wenigsten stark vertreten sind ausländische Bürger mit Anteilen an der Gesamtbevölkerung von 7,9 bzw. 8,2 % in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Ostwürttemberg. Landesweit hatten 2012 insgesamt 11,4 % der in Baden-Württemberg lebenden Einwohner einen ausländischen Pass.

### Über 24 000 ausländische Beschäftigte mehr im Südwesten

Die Daten des Ausländerzentralregisters geben Aufschluss über die Entwicklung der

Zahl der im Land wohnenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Man kann daraus aber nicht ableiten, in welchem Umfang die Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind. Informationen dazu finden sich in der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass ein Beschäftigungszuwachs bei ausländischen Arbeitnehmern nicht ausschließlich und unmittelbar mit einem Zuzug in Verbindung stehen muss. Auch der Übergang einer Person aus der Selbstständigkeit, der Ausbildung oder der Arbeitslosigkeit erhöht die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, ohne dass ein Zuzug in das Bundesland erfolgt sein muss. Gleichwohl spiegelt sich der verstärkte Zuzug von Menschen mit ausländischer Nationalität im Allgemeinen auch in einem Zuwachs der Beschäftigten wider.

<sup>2</sup> Datenquelle: Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2012 auf Basis Zensus 2011

Nach Auswertung der Beschäftigungsstatistik stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischem Pass 2012 gegenüber dem Vorjahr um 5,4 % oder 24 200 Personen. Bezogen auf den gesamten Beschäftigungszuwachs im Land (+ 65 300 Per-

sonen bzw. + 1,6 %) entspricht dies einem Anteil von 37 %. Insgesamt war im Südwesten der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer mit 11,5 % so hoch wie in keinem anderen Bundesland und deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (7,7 %). Ende 2012 arbeiteten

### T3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg 2011 und 2012\*)

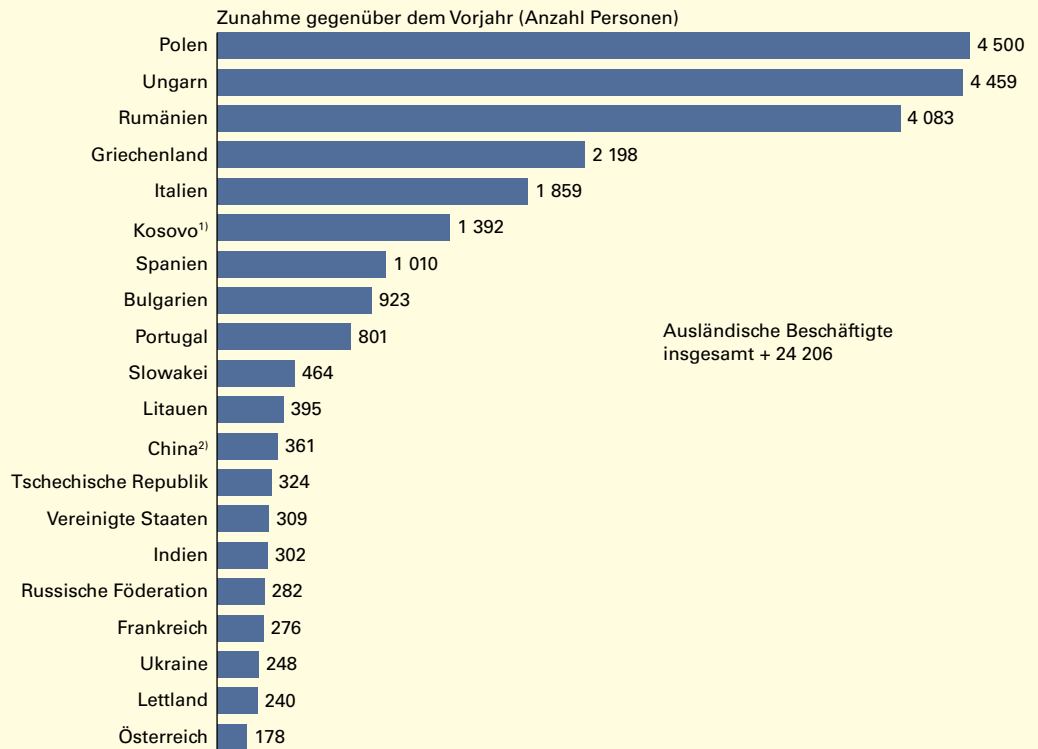
Staatsangehörigkeit	2011	2012	Veränderung 2012 zu 2011	
	Anzahl		%	
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte<sup>1)</sup></b>	<b>4 048 437</b>	<b>4 113 694</b>	<b>+ 65 257</b>	<b>+ 1,6</b>
<b>Deutsche</b>	3 596 208	3 637 242	+ 41 034	+ 1,1
<b>Ausländer insgesamt</b>	450 652	474 858	+ 24 206	+ 5,4
darunter				
Europa	397 499	419 470	+ 21 971	+ 5,5
<b>EU-Mitgliedstaaten (EU 27)</b>	<b>199 656</b>	<b>221 831</b>	<b>+ 22 175</b>	<b>+ 11,1</b>
davon				
<b>alte EU-Mitgliedstaaten (EU 15 vor 2004)</b>	153 136	159 799	+ 6 663	+ 4,4
Belgien	652	682	+ 30	+ 4,6
Dänemark	390	417	+ 27	+ 6,9
Finnland	495	499	+ 4	+ 0,8
Frankreich	25 974	26 250	+ 276	+ 1,1
Griechenland	26 372	28 570	+ 2 198	+ 8,3
Irland	507	531	+ 24	+ 4,7
Italien	65 847	67 706	+ 1 859	+ 2,8
Luxemburg	242	252	+ 10	+ 4,1
Niederlande	2 248	2 376	+ 128	+ 5,7
Österreich	7 957	8 135	+ 178	+ 2,2
Portugal	11 379	12 180	+ 801	+ 7,0
Schweden	590	601	+ 11	+ 1,9
Spanien	7 003	8 013	+ 1 010	+ 14,4
Vereinigtes Königreich	3 480	3 587	+ 107	+ 3,1
<b>neue EU-Mitgliedstaaten (Beitritt 2004 und 2007)</b>	46 520	62 032	+ 15 512	+ 33,3
davon				
<b>Beitrittsländer 2004</b>	31 188	41 694	+ 10 506	+ 33,7
Estland	285	325	+ 40	+ 14,0
Lettland	602	842	+ 240	+ 39,9
Litauen	1 426	1 821	+ 395	+ 27,7
Malta	23	26	+ 3	+ 13,0
Polen	16 986	21 486	+ 4 500	+ 26,5
Slowakei	1 941	2 405	+ 464	+ 23,9
Slowenien	2 361	2 434	+ 73	+ 3,1
Tschechische Republik <sup>2)</sup>	2 048	2 371	+ 323	+ 15,8
Ungarn	5 478	9 937	+ 4 459	+ 81,4
Zypern	39	47	+ 8	+ 20,5
<b>Beitrittsländer 2007</b>	15 332	20 338	+ 5 006	+ 32,7
Bulgarien	3 057	3 980	+ 923	+ 30,2
Rumänien	12 275	16 358	+ 4 083	+ 33,3
nachrichtlich:				
Türkei	106 598	105 832	- 766	- 0,7
Kroatien <sup>3)</sup>	28 469	28 100	- 369	- 1,3

\*) Stichtag jeweils am 31. Dezember, Arbeitsort. – 1) Einschließlich Fälle ohne Angabe zum Merkmal. – 2) Einschließlich ehemalige Tschechoslowakei. – 3) 1. Juli 2013 Beitritt zur EU.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit

S2

## Ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg 2012\*) Die 20 Nationen mit dem stärksten Anstieg ausländischer Beschäftigter



\*) Stichtag jeweils am 31. Dezember, Arbeitsort. – 1) Soweit unter dieser Staatsangehörigkeit gemeldet. – 2) Einschließlich Taiwan.  
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, vorläufige Zahlen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

26 14

rund 4,11 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg, darunter waren 474 900 ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (*Tabelle 3*).

### Höchster zahlenmäßiger Zuwachs bei Arbeitnehmern aus Polen, Ungarn und Rumänien

Rund 22 200 Personen oder 92 % des Bestandzuwachses an ausländischen Beschäftigten im Land stammten aus Mitgliedstaaten der EU. Den zahlenmäßig höchsten Anstieg gab es bei Arbeitnehmern aus Polen und Ungarn mit jeweils + 4 500 Personen und Rumänien mit + 4 100 Personen. Zusammen waren das allein gut 13 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer aus diesen drei osteuropäischen Staaten, die erst 2004 bzw. 2007 der EU beigetreten sind. Ein Grund für den hohen Zuwachs der ausländischen Bürger aus den neuen EU-Staaten dürfte in der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu sehen sein, die als einer der Grundpfeiler innerhalb der Europäischen Union vorsieht, dass jeder EU-Bürger grundsätzlich in einem Mitgliedstaat seiner

Wahl wohnen und arbeiten kann. Für die acht neuen EU-Mitgliedstaaten Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen aus dem Jahr 2004 gilt seit dem 1. Mai 2011 die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bei den Personen aus Bulgarien und Rumänien, die im Jahr 2007 der EU beigetreten sind, war die Arbeitnehmerfreizügigkeit bis Ende 2013 eingeschränkt. Arbeitnehmer aus diesen Ländern benötigten bis dahin grundsätzlich eine Arbeitsgenehmigung. Allerdings gab es für besondere Berufsgruppen bzw. Tätigkeiten bereits früher schon Ausnahmen. Dazu gehörten beispielsweise Auszubildende, Saisonbeschäftigte, Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvierten, Geschäftsführer oder Fachkräfte mit Hochschulabschluss bei entsprechend qualifizierter Beschäftigung.

Vergleichsweise hohe Zuwächse gab es ebenfalls aus den EU-Krisenländern Griechenland (+ 2 200 Personen) und Italien (+ 1 900 Personen) sowie dem Kosovo (+ 1 400 Personen), der als einziger Nicht-EU-Mitgliedstaat einen Platz unter den zehn Nationalitätengruppen mit den höchsten Beschäftigungszuwächsen

im Land einnahm. Auch Spanien (+ 1 000 Personen), das wie Griechenland und Italien besonders von der Eurokrise betroffen ist, Bulgarien (+ 900 Personen), Portugal (+ 800 Personen) und die Slowakei (+ 500 Personen) gehören zu den zehn Nationen mit den zahlenmäßig stärksten Beschäftigungszuwächsen (Schaubild 2).

**Vor allem Gastgewerbe und Industrie profitieren**

Den zahlenmäßig stärksten Anstieg an ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gab es 2012 im Gastgewerbe (+ 4 000 Personen), dem Verarbeitenden Gewerbe (+ 3 000 Personen) sowie dem Bereich Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (+ 2 900 Personen), zu dem unter anderem Architektur- und Ingenieurbüros sowie der Bereich Forschung und Entwicklung zählen. Auch wenn die Beschäftigungszuwächse von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den übrigen Wirtschaftsabschnitten zahlenmäßig geringer ausfielen, waren sie dennoch in vielen Fällen bestim-

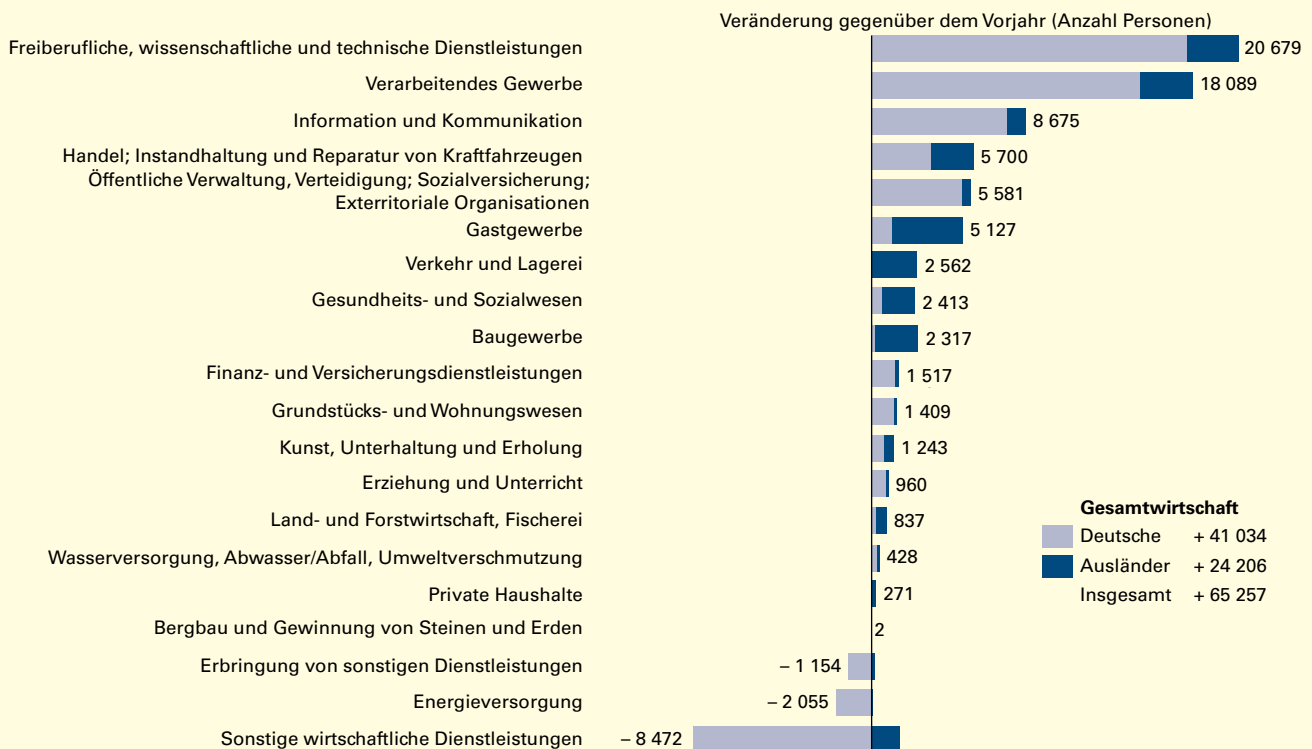
mend für die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung. So wurde beispielsweise im Baugewerbe der Beschäftigungsabbau von deutschen Arbeitnehmern (- 200 Personen) durch einen Zuwachs von ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (+ 2 500 Personen) mehr als ausgeglichen. In den Wirtschaftsbereichen Verkehr und Lagerei wurde der Beschäftigungszuwachs fast ausschließlich und in den Privaten Haushalten zu 90 % von ausländischen Beschäftigten getragen. Im Gesundheits- und Sozialwesen, wo bereits heute ein Mangel an Fachkräften zu beobachten ist, aber auch im Gastgewerbe, entfielen jeweils mehr als drei Viertel der neuen Stellen auf ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Schaubild 3).

**Qualifikation der ausländischen Arbeitnehmer**

Die berufliche Qualifikation der ausländischen Arbeitnehmer hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Dennoch ist sie über alle Nationalitätengruppen hinweg immer noch spürbar geringer als die der deutschen Kolle-

S3

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg nach Nationalität und ausgewählten Wirtschaftsbereichen 2012\*)**



\*) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ08); Stichtag jeweils 31. Dezember, Arbeitsort. Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, vorläufige Zahlen.





### Statistische Quellen

**Ausländerzentralregister:** Das Ausländerzentralregister (AZR) ist eine bundesweite personenbezogene Datei, die seit 1. Januar 2005 zentral vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt wird. Sie enthält Informationen über Ausländer, die sich in Deutschland aufhalten oder aufhalten haben.

**Bevölkerungsfortschreibung:** Die Bevölkerungszahlen basieren für die Jahre vor 2011 auf der Volkszählung vom 25. Mai 1987, ab 2011 werden sie auf der Grundlage der Zensusergebnisse vom 9. Mai 2011 mithilfe der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) und der Wanderungsstatistik (Zuzüge und Fortzüge, Wechsel der Hauptwohnung, Änderungen der Staatsangehörigkeit) fortgeschrieben.

Wegen methodischer und zeitlicher Unterschiede weichen die Bestandszahlen der ausländischen Bevölkerung gemäß der Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters voneinander ab. So können zum Beispiel Nichtdeutsche bei den örtlich zuständigen Ausländerbehörden bereits registriert worden sein, während ihre Daten dem Ausländerzentralregister noch

nicht übermittelt wurden und somit im Register noch nicht gespeichert sind. Demgegenüber können verstorbene oder aus Deutschland fortgezogene ausländische Personen noch in der Hauptdatei des Ausländerzentralregisters enthalten sein, wenn die entsprechenden Abmeldungen durch die Ausländerbehörden noch nicht erfolgt sind.

**Beschäftigungsstatistik:** Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind. Dazu gehören auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten, Werkstudenten sowie Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (zum Beispiel Wehrübungen) einberufen werden. Nicht einbezogen sind dagegen Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie ausschließlich kurzfristig Beschäftigte sind nicht in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthalten.

gen. So besaßen 2012 unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit, für die eine Angabe zur Berufsausbildung vorlag, 38 % keine abgeschlossene Berufsausbildung. Damit war die Quote fast drei Mal so hoch wie bei den deutschen Beschäftigten (15 %). Des Weiteren war unter den Beschäftigten mit ausländischer Nationalität der Anteil der Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung mit 50 % um 20 Prozentpunkte und bei der Akademikerquote mit 12 % um 3 Prozentpunkte niedriger als bei den deutschen Beschäftigten.

Allerdings muss bei der Analyse der Beschäftigungsstruktur einschränkend erwähnt werden, dass bei ausländischen Beschäftigten der Anteil an Personen mit unbekanntem Berufsabschluss (26 %) wesentlich höher ist als bei den deutschen Beschäftigten (11 %), sodass Angaben zur Beschäftigungsstruktur je nach Nationalität und Umfang dieses Anteils mit gewissen Unsicherheiten behaftet sind. Um

dennoch Hinweise auf die berufliche Qualifikation der Beschäftigten zu erhalten, kann insbesondere in diesen Fällen eine kombinierte Betrachtung mit dem Anforderungsniveau hilfreich sein, da das Anforderungsniveau und das berufliche Qualifikationsniveau in der Regel in enger Verbindung zueinander stehen.

Bei dieser kombinierten Betrachtung zeigt sich, dass bei den ausländischen Beschäftigten, für die keine Angabe zur Berufsausbildung vorliegt, 45 % als Helfer tätig waren, 48 % arbeiteten als Fachkraft. Nur 4 bzw. 3 % waren als Spezialist oder Experte tätig. Im Vergleich dazu waren lediglich 24 % der deutschen Beschäftigten, für die keine Angabe zum Berufsabschluss vorliegt, als Helfer beschäftigt, 58 % als Fachkraft, 10 % als Spezialist und knapp 8 % als Experte. Damit übten deutsche Beschäftigte auch bei unbekanntem Berufsabschluss sehr viel häufiger höher qualifizierte Tätigkeiten aus als ihre ausländischen Kolleginnen und Kollegen. ■